

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Den vielen Worten endlich Taten folgen lassen – Schulpflicht in Berlin konsequent durchsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, nach dem besorgniserregenden Anstieg der Zahlen von langfristigen Schulschwänzern die Schulpflicht konsequent durchzusetzen. Hierfür sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die pädagogischen Projekte zur Heranführung von dauerhaften Schulschwänzern an die Schule werden deutlich ausgebaut.
2. Auf Landesebene wird – wie seit 2005 in Hamburg - eine neue zentrale Meldestelle eingerichtet. Unabhängig von der weiteren Verantwortung von Schule und Bezirk melden die Schulen der Zentralstelle umgehend jeden Schüler, zu dessen Eltern kein Kontakt hergestellt werden kann bzw. alle Schüler, die mehr als 5 Tage schwänzen. Die Zentralstelle koordiniert das weitere Verfahren und schaltet umgehend die weiteren Behörden, wie die Polizei, ein.
3. Gegen Eltern von Schülern, die mehr als 10 Tage unentschuldig fehlen, kann durch die Zentralstelle sofort ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verletzung der Erziehungspflichten mit der Festsetzung eines Bußgeldes eingeleitet werden.
4. Das Abholen von Dauerschwänzern durch die Polizei wird als letztes Mittel wieder in allen Bezirken eingeführt.

Dem Abgeordnetenhaus ist umgehend über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten.

Begründung:

In Berlin fehlten im ersten Halbjahr 2007/08 insgesamt 16.000 Schüler einen bis zehn Tage unentschuldigt. Mehr als zehn Tage blieben über 3.500 Schüler dem Unterricht unentschuldigt fern. Diese Zahlen sind dramatisch hoch und zeigen eine Erosion der Schulpflicht in Berlin auf ganzer Breite.

Gegen Schulschwänzer geht der Berliner Senat lediglich mit pädagogischen Angeboten, wie der Schulsozialarbeit vor, deren Durchsetzungskraft und Kapazität eher begrenzt sind. So werden in den Projekten des Senats gegen Schulschwänzer sage und schreibe nur 96 Schulverweigerer betreut, die wieder an die Schule herangeführt werden sollen. Das ist im Vergleich zu der hohen Anzahl der notorischen Schwänzer natürlich viel zu wenig.

Repressive Maßnahmen gegen die Schüler oder deren Eltern gibt es kaum. Seit Schulschwänzer auch nicht mehr von der Polizei aus der Wohnung geholt werden sollen, hat sich der Senat endgültig von der Durchsetzung der Schulpflicht in Berlin verabschiedet. Wie nun eine Anfrage an den Senat ergab, gibt es in Berlin keine Zahlen über die durch die Polizei zugeführten Schüler, zuständig bleibt die einzelne Schule, der Senat ist weitgehend ahnungslos. Es gibt auch keine einheitliche Regelung, nach wie vielen Tagen welche rechtlichen Schritte zu unternehmen sind. Auch die wiederholten Forderungen des Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden nach einer Kürzung des Kindergeldes sind leere Sprechblasen, ihnen folgten keinerlei Aktivitäten.

In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sieht es anders aus. In Bremen wurden seit Ende 2003 rund 3.000 Schulpflichtverletzungen als Ordnungswidrigkeit verfolgt, davon wurden 700 Bußgelder festgesetzt, in acht Fällen Erzwingungshaft angedroht, was den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder zur Folge hatte. In 140 Fällen erfolgten Schulzuführungen, davon 18 in Zusammenarbeit mit der Polizei.

Seit 2005 werden in Hamburg alle Schulschwänzer, zu deren Familie die Schule keinen Kontakt aufnehmen kann, an eine zentrale Stelle des Senats gemeldet. Dieses zentrale Register hat sich nach Darlegung des Hamburger Senats als „wertvolle Unterstützung bei der Prüfung des Verdachts auf Verletzung der Schulpflicht erwiesen.“ In Hamburg wurden so seit 2006 insgesamt 1.850 Schulpflichtverletzungen als Ordnungswidrigkeit verfolgt, davon wurden knapp 700 Bußgeldverfahren eingeleitet. In ca. 400 Fällen hat so die zuständige Behörde auch die Wohnung der Eltern aufsuchen können, ohne dass ein Hinweis auf eine Kindeswohlgefährdung vorliegen musste.

Wir fordern die konsequente Durchsetzung der Schulpflicht gegenüber Langzeitschwänzern auch in Berlin. Es kann nicht sein, dass über 3.500 Schüler innerhalb eines Schuljahres mehr als zehn Tage unentschuldigt fehlen.

Berlin, den 2. September 2008

Dr. Pflüger Steuer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU